

den sie ergänzt um Strategien, die unabhängig von einer vorhergehenden Einschränkung von Interventionsmöglichkeiten darauf gerichtet sind, über eine supranationale Kooperation Interventionsmöglichkeiten einzuschränken oder auszubauen. Hierfür wird zum Teil auch auf die Globalisierungsforschung ergänzende Literatur zurückgegriffen. Dementsprechend werden die jeweiligen Strategien im Folgenden mit einem allgemeineren, sich nicht ausdrücklich auf ›Globalisierung‹ beziehenden Titel als kritische, affirmative und revisionistische Strategie bezeichnet.

## Die kritische Strategie

Die Globalisierungskritiker sehen die ökonomische Globalisierung<sup>70</sup> als ein Phänomen, das die Interventionsmöglichkeiten der Nationalstaaten verringert und damit ihre Handlungsfähigkeit schwächt: »Die Transnationalisierung der Industrie- und Dienstleistungszweige und die aus ihr folgenden politischen Probleme schränken die Möglichkeit der liberaldemokratisch konstituierten Nationalstaaten ein, eigenbestimmt zu handeln« (Narr/Schubert 1994: 13). Die grundlegende These ist ein negativ bewerteter ›Rückzug des Nationalstaates‹<sup>71</sup>, da dieser in Folge der wirtschaftlichen Verflechtung bestimmte Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann, was eine Schwächung seiner Handlungsfähigkeit bedeutet. Hinsichtlich der in dieser Arbeit zu untersuchenden Politikfelder konzentriert sich die Forschung vor allem auf die *distributiven Aufgaben* des Staates (vgl. ausführlich Tanzi 2002). So stellt Schulte (2001: 23) fest, dass als Folge der Internationalisierung »der Nationalstaat als bislang dominantes Aktionsfeld der Sozialpolitik sowohl de iure als auch vor allem de facto an Einfluss verliert.« Die Ursachen hierfür werden auf der Einnahmen- wie der Ausgabenseite des Sozialstaates gesehen: Durch die vermehrten (echten oder unechten) Exit-Optionen für mobile Produktionsfaktoren und den dadurch ausgelösten Steuerwettbewerb erodiere die Finanzierungsbasis (vgl. Heise 2005: 307).<sup>72</sup> Einen Beitrag hierzu leiste, insbesondere bei beitragsfinanzierten Sozialsystemen, auch die steigende Arbeitslosigkeit, für die einige Globalisierungskritiker die Globalisierung – zumindest im Bereich der gering Qualifizierten – (mit)verant-

70 Im Folgenden ist – wenn nicht explizit ›politische Globalisierung‹ geschrieben steht – mit ›Globalisierung‹ immer die ökonomische gemeint.

71 So die deutsche Übersetzung des Buches von Strange (1996): »The retreat of the state«.

72 »Globalization and tax competition are likely to reduce the scope for redistributive policies, especially promoted through progressive taxation« (Tanzi 1997: 24). Für eine ausführliche Darstellung der Diskussion um Globalisierung und Steuerwettbewerb vgl. Genschel 2000.

wortlich machen (vgl. Narr/Schubert 1994: 75ff).<sup>73</sup> Da Sozialpolitik im Standortwettbewerb umdefiniert werde, gerate auch die Ausgabenseite unter Druck. Streeck (2004, o.S.) beschreibt dies folgendermaßen:

»Sozialpolitik, die vorher aus dem Wettbewerb herausgenommen war bzw. dazu diente, dessen Resultate teilweise rückgängig zu machen, wird im Wettbewerbsstaat zum ›Standortfaktor‹: sie dient nicht mehr der Korrektur, sondern der Akkommodierung von Märkten – weniger der ›sozialen Gerechtigkeit‹ als der Aktivierung und Qualifizierung flexibel einsetzbaren Humankapitals.«

Auch die Richtung der Reformen, besonders die Umstellung der Rentenversicherungen von Umlagefinanzierung auf Kapitaldeckung, wird mit der Globalisierung erklärt: Dies liege – so Huffschild (2003: 34) – im unmittelbaren Interesse der immer mächtiger werdenden Finanzinvestoren, denen auf diese Weise »Milliardenbeträge zur Verfügung stehen, mit denen sie auf den internationalen Finanzmärkten operieren können [...]«.« Zusammengefasst führen Globalisierung und Standortwettbewerb, so unter anderem Sinn (1995: 246), dazu, dass die Sicherstellung eines solidarischen Sozialsystems gefährdet wird und die Staaten weniger öffentliche Güter mit distributiver Funktion bereitstellen.<sup>74</sup>

Auch die *Stabilisierungsaufgaben* der Nationalstaaten werden – folgt man dieser Position – durch die Globalisierung erschwert. So würden der Keynes'schen diskretionären Konjunkturpolitik von zwei Seiten her Grenzen gesetzt: Eine staatlich induzierte Erhöhung der Nachfrage könne nicht mehr auf das Inland begrenzt werden, da sie auch durch Importe gedeckt werden kann. Dies setze die Wirkungsmächtigkeit dieser Politik herab (vgl. Altvater/Mahnkopf 1996: 403). Überdies würde die Defizitfinanzierung schwieriger, weil die Kapitalmarktintegration das Sanktionspotential der Kapitalbesitzer stärke und die Staaten somit bei hohen Budgetdefiziten mit Risikoauflagen zu rechnen hätten (vgl. Held et al. 1999: 440; Bernauer 2000: 65).

---

73 »Mit dem Wettbewerb zwischen Jurisdiktionen werden aber auch weitreichende Befürchtungen verbunden: [...] Der Wettbewerb führe zu Arbeitslosigkeit, die vor allem gering qualifizierte Arbeitskräfte betrifft« (Theurl 1999: 34).

74 »Zu vermuten ist aber, daß man von einem ungeschützten Wettbewerb der Fiskalsysteme auf die Dauer eine Optimierung der Sozialpolitik nicht erwarten kann« (Sinn 1995: 246). Bzgl. der Bereitstellung öffentlicher Güter argumentiert Sinn (ebenda: 248) folgendermaßen: Öffentliche Güter werden nicht über den Markt erstellt, weil der private Wettbewerb in diesem Fall nicht funktioniert, aus dem gleichen Grund sei auch nicht zu erwarten, dass sie bei einem Wettbewerb der Staaten weiterhin erbracht würden.

Bei den *allokativen Aufgaben* wird der Übergang zum ›Wettbewerbsstaat‹ (Hirsch 1995) bzw. ›schumpeterianischen Leistungsstaat‹ (Jessop 2003: 43ff) festgestellt, aber nicht begrüßt: »Die Verschärfung der internationalen Konkurrenz im Zuge der Weltmarktintegration erhöht die Bedeutung der Infrastrukturausstattung und der öffentlichen Dienstleistungen für die Attraktivität der Länder als Investitionsstandorte« (Goldberg 2000: 180). Der Staat solle demnach zunehmend nur mehr öffentliche Güter bereitstellen, die die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, genannt werden unter anderem Bildung und Forschung (vgl. Narr/Schubert 1994: 15). In diesem Bereich blieben dem Staat demnach Aufgaben erhalten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Globalisierungskritiker von einem interventionistischen – den im vorhergehenden Kapitel erarbeiteten Idealtypen folgend: Keynes'schen – Staatsverständnis ausgehen, dessen Interventionsmöglichkeiten und damit Handlungsfähigkeit durch die Globalisierung eingeschränkt werden. Dies trifft vor allem auf die Bereiche der Stabilisierung und Distribution zu, die bei diesem Staatsverständnis zentral sind. Die Strategie, die in diesem Falle verfolgt würde, wäre zum einen der Versuch, die in Folge der wirtschaftlichen Verflechtung (oder anderer Faktoren) eingeschränkten Interventionsmöglichkeiten durch ein gemeinsames Vorgehen wieder auszuweiten und auf diese Weise die staatliche Handlungsfähigkeit zu stärken.<sup>75</sup> So kann eine Abstimmung der Konjunkturpolitik in Krisensituationen die ›Sickereffekte‹ einer staatlich induzierten Nachfrageerhöhung minimieren und die Effizienz der auf diese Weise erreichten Stabilisierung erhöhen (vgl. Etzezarreta et al. 2003: 46ff). Ein weiteres Beispiel sind Mindeststandards oder gemeinsam festgelegte Korridore für Sozialleistungen, um die Sozialausgaben zumindest zum Teil aus dem Standortwettbewerb herauszunehmen (vgl. Busch 1998). Eine supranationale Koordination kann bei einem Keynes'schen Staatsverständnis aber auch unabhängig von vorhergehenden Einschränkungen einen Ausbau von Interventionsmöglichkeiten zum Ziel haben, indem sie die wirtschaftliche Verflechtung positiv nutzt oder (relativ) unbeeinflusst davon gemeinsame Ziele zu erreichen sucht. Beispiele wären hier die Bereitstellung bestimmter öffentlicher Güter wie strategische Forschung oder transnationale Infrastruktur auf der europäischen Ebene (vgl. Collignon 2003: 137), die Nutzung des größeren Multiplikatoreffekts bei einer gemeinsamen Bekämpfung von Wirtschaftskrisen oder koordinierte Armutsbekämpfungsprogramme (vgl. Wehlau 2006: 70).

75 Eine mögliche Strategie zur Wiedergewinnung der Interventionsmöglichkeiten könnte auch nationaler Protektionismus sein, dies wird jedoch kaum ein Ziel europäischer Vorgaben sein.